

PARLAMENT: Der Nationalrat nimmt einen Schuldenabbau in Kauf, der auf Kosten der Bauern gehen könnte

Maurer will Bauern nicht bestrafen

Der Nationalrat will der Staatsverschuldung Gegensteuer geben. Er stimmte einer entsprechenden Motion zu. Dies sei gut für das Landwirtschaftsbudget, sagt SVP-Nationalrat Marcel Dettling. Gegner behaupten das Gegenteil.

ADRIAN HALDIMANN

Am 20. März hat der Bundesrat mitten in der Coronakrise ein noch nie in diesem Umfang gesehenes Hilfs- und Massnahmenpaket von über 60 Milliarden Franken beschlossen. Damit soll die Wirtschaft trotz Rezession in Schwung gehalten werden. Doch wer soll das bezahlen? Mit dieser Frage hat sich der Nationalrat am Donnerstag beschäftigt und kam mit einer äusserst knappen Annahme einer Motion der Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK-N) zum Schluss: Gewinne der Schweizerischen Nationalbank (SNB) sollen für den Schuldenabbau eingesetzt werden, 1,3 Milliarden Franken jedes Jahr. So populär aktuell der Wille vor allem auf bürgerlicher Seite für einen raschen Schuldenabbau ist, hat er aus Sicht von Links-Grün einen faden Beigeschmack. Die SNB-Gelder, die für den Schuldenabbau eingesetzt werden sollen, könnten am Schluss unter anderem der Landwirtschaft fehlen, warnen sie.

«Ein Schnellschuss»

«Wir wollen die Corona-Schulden nicht wegen eines Schnellschusses auf die Bauern abwälzen oder Forschung und Innovation verhindern», sagte Nationalrätin Franziska Ryser (Grüne, SG), die dafür plädierte, die Motion abzulehnen.



Trotz coronabedingter Schulden sagte Wirtschaftsminister Ueli Maurer: «Wir können nicht 15 Jahre lang die Armee, die Landwirtschaft und die Bildung bestrafen.» (Bild: Keystone)

Es gehe hier nicht um zusätzliches Geld, das in den Schuldenabbau fliessen soll, sondern um das Geld, das uns anschliessend an anderen Orten fehlt, erklärte sie und konkretisierte: «1,3 Milliarden Franken weniger für die Landwirtschaft, für Bildung und Forschung, für die Armee.»

Auch Bundesrat dagegen

Auch der Bundesrat wollte einen «übereiligen» Beschluss, der einen raschen Schuldenabbau in die Wege leiten soll, verhindern. Finanzminister und Bauernsohn Ueli Maurer sagte gegenüber der Tagesschau des Schweizer Fernsehen (SRF): «Wir können nicht 15 Jahre lang die Armee, die Landwirtschaft und die Bildung bestrafen.» Der Bundesrat müsse den richtigen Weg finden, die Schulden in einem angemessenen

Tempo abzubauen, ohne die wirtschaftliche Erholung zu beeinträchtigen.

«Schützt Landwirtschaft»

Als Gewinner gingen die SVP und mehrheitlich die Mitglieder der Mitte-Parteien vom Platz. Marcel Dettling (SVP, SZ) sagt gegenüber dem «Schweizer Bauer», weshalb er mit einem Ja zur Motion in Kauf nimmt, dass für die Landwirtschaft Gelder gestrichen werden: «Die SNB-Gelder haben überhaupt keinen Zusammenhang mit der Sicherstellung der Gelder für die Landwirtschaft», kontert er und erklärt: «Die SNB-Gelder würden nicht budgetiert, da die Gewinne nicht geplant werden können. Landwirt Dettling bekräftigt, dass es aus landwirtschaftlicher Sicht richtig ist, die Ausschüt-

tungen der SNB für den Schuldenabbau zu verwenden. «Die Verwendung der SNB-Gelder für den Abbau der Coronaschulden schützt das Landwirtschaftsbudget.» Trotzdem: «Da ab nächstem Jahr wegen der Coronakrise gespart werden muss, kommen die Budgets der Armee und der Landwirtschaft unter Druck», hält er fest.

Auch Bauernverbandspräsident Markus Ritter (CVP, SG) stimmte der Motion zu. Er rechnet vor: «In den nächsten Jahren muss der Bund für einen schuldenbremsekonformen Abbau der Corona-Schulden jährlich rund zwei Milliarden Franken zurückzahlen. Die ordentlichen SNB-Ausschüttungen an den Bund von rund 1,3 Milliarden Franken leisten einen Beitrag dazu.» Wie sich der Schuldenab-

WER WIE STIMMTE

15 zu 10 Stimmen. So lautete das Abstimmungsergebnis in der Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK-N), welche die Motion lancierte. Unter den Befürwortern der WAK-N waren etwa Bauernverbandspräsident Markus Ritter (CVP, SG), Marcel Dettling (SVP, SZ) und Esther Friedli (SVP, SG). Zur ablehnenden Minderheit gehörte Biobauer Kilian Baumann (Grüne, BE). Im Nationalrat fiel die Abstimmung knapper aus: Am Ende waren es 95 zu 91 Stimmen. Die SVP stimmte der Motion geschlossen zu. Die Linke mit Grünen, Grünliberalen und SP lehnte geschlossen ab. Die Liberalen sowie die Mitte-Fraktion stimmten überwiegend zu (22/1 bzw. 21/7). hal

NACHRICHTEN

Kilometersteuer bei Lebensmittelimport



Nationalrätin Léonore Pochet (Grüne, VD) will die regionale Landwirtschaft fördern. Sie verlangt in einer Motion die Einführung einer Besteuerung nach Kilometer für importierte Nahrungsmittel. Dies soll auch für Einfuhren innerhalb der Kontingente und ausserhalb der Saison bei Nahrungsmitteln, die in der Schweiz produziert werden können, gelten. Der Bundesrat soll sicherstellen, dass die Erträge aus dieser Steuer zur Unterstützung der einheimischen Landwirtschaft eingesetzt werden. Sie schreibt, dass die Ernährung 28 Prozent der Umweltbelastung der Schweiz ausmache und dass es möglich wäre, die Umweltkosten des Warenkorbs um bis zu 90 Prozent zu senken, wenn die Lebensmittel weniger als 20 Kilometer vom Ort ihrer Produktion entfernt konsumiert werden. sal

BLW ist auf dem Abstellgleise

Nationalrätin Regula Rytz (Grüne, BE) wollte in der Fragestunde vom Bundesrat wissen, ob in seinen Augen nach dem kritischen Bericht der Firma KPMG das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) als Zulassungsstelle für Pflanzenschutzmittel noch in Frage komme. Denn die KPMG habe ja den fehlenden Einbezug des Bundesamts für Umwelt (Bafu) kritisiert, ebenso die unzureichende Trennung von Risikobewertung (Agroscope) und Risikomanagement (BLW). Der Bundesrat antwortete, man habe Alternativen erarbeitet, die das heutige System verbessern sollen, und werde bald informieren. sal

KLIMA: Mühlenchef zitiert ETH-Professor

«Schweiz ohne CO₂ hätte keinen Einfluss auf Klima»

Marc Müller, Chef der Mül-
lereigruppe Groupe Minoteries, schaltet sich im Geschäftsbericht in die Klimadebatte ein.

DANIEL SALZMANN

Wie jede börsennotierte Firma muss auch die Mül-
lereifirma Groupe Minoteries über den Geschäftsverlauf Rechenschaft ablegen. Ihr Generaldirektor Marc Müller geht aber auch heuer darüber hinaus und holt in mehreren Aufsätzen politisch weit aus. Im Unterschied zu vielen anderen Wirtschaftsführern geht er dabei klaren Ansagen und unbenommenen Zusammenhängen nicht aus dem Weg.

China legt gewaltig zu

Die im aktuellen Umfeld wohl bemerkenswerteste Aussage befindet sich auf Seite 28 herausgehoben in roter Farbe. «Aber auch wenn die Schweizer ihren CO₂-Ausstoss auf null reduzieren würde, hätte das keinen Einfluss auf das Klima.» Und weiter: «Zudem ist es nicht sinnvoll, grosse Summen auszugeben, wenn damit keine Wirkung erzielt wird...» Der Klimawandel könne nur gebremst werden, wenn die grossen Emittenten wie China, die USA, Indien echte Beiträge leisteten – der Zuwachs des Verbrauchs von fossilen Energieträgern in China habe 2018 etwa das Vierfache des totalen Energieverbrauchs der Schweiz im gleichen Jahr betra-



Die Mühlen in Granges-près-Marnand VD sind Teil der Groupe Minoteries. (Bild: Aus dem Geschäftsbericht 2019)

gen. Diese Sätze hat Müller nicht selbst geschrieben, er zitiert dabei ETH-Professor Lino Guzzella, der dies am 4. September 2019 in einem Gastkommentar in der NZZ so geschrieben hat. Aber auch die Aussage Guzzella, dass die Schweiz den eigenen Energieeinsatz minimieren und – wo immer sinnvoll – auf erneuerbare Energieträger umstellen sollte, ist wiedergegeben. Und dass Guzzella bestätigt, dass der Ausstoss grossen Mengen Treibhausgas einen menschgemachten Klimawandel verursacht.

Viel CO₂ wegen Fliegerei

Das entsprechende Kapitel hat Müller mit «Ist die landwirtschaftliche Produktion zu Recht im Fokus der Klimadebatte?» betitelt. Für ihn ist das vorwiegend

eine rhetorische Frage, auch wenn er nicht verhehlt, dass die landwirtschaftliche Produktion wie alle anderen Wirtschaftsbereiche in einer gewissen Verantwortung stehe. «Dass allein der Flugverkehr in der Schweiz, der im Wesentlichen auf die überbordende Reisetätigkeit von Touristen zurückzuführen ist, weil man glaubt, interkontinentale Mobilität sei fast ein Menschenrecht, mehr Treibhausgas emittiert als die ganze einheimische Agrarproduktion, die immerhin einen Nettoselbstversorgungsgrad von rund 50 % sicherstellt, relativiert die Mitverantwortung der Urproduktion», schreibt Müller.

Abkommen und der Wald

Müller geht weiter zur Bedeutung des Waldes, der viel CO₂

speichern kann, und hält fest: «Freihandelsabkommen zwischen unserem Land und Nationen, welche sich nach wie vor am Raubbau am Regenwald beteiligen, sollten unter Hinweis auf die globalen Herausforderungen im Klimabereich schlichtweg nicht mehr unterzeichnet werden dürfen oder müssten zumindest an die Bedingung geknüpft werden, dass die bestehenden Regenwaldflächen erhalten bleiben.» Solches hat man vom ausgehandelten Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten, zu denen Brasilien zählt, bisher nicht lesen können. Laut Müller lässt es die Schweizer Mühlenwirtschaft nicht kalt, wenn der Bund auf eine Tierhaltung setze, wo lediglich das vor Ort wachsende Gras gefressen werde und möglichst kein Kraft- und Mischfutter. Denn 20 % bis 25 % der Vermahlungsmenge seien Mühlennachprodukte – um diese rücklos abzusetzen, brauche es einen gewissen Tierbestand.

Nein zum Rahmenvertrag

Noch vor der Klimadebatte, schon im zweiten Kapitel des Geschäftsberichts, schaltet sich Müller in die EU-Debatte ein. «Institutionelles Rahmenabkommen (CH-EU): Risiken für den Agrarsektor» lautet der Titel. Müller erinnert an 1992, als der Bundesrat für den Fall eines Neins zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) den Teufel an die Wand gemalt habe. Jetzt,

beim Rahmenabkommen, sei man in bäuerlichen Kreisen und in der ersten Verarbeitungsstufe (wozu die Mühlen zählen) der Meinung, dass gewisse Beihilfen, welche die Schweiz heute der Agrarwirtschaft gewährt (Verkauszulage, neue Milchzulage, Einzelkulturbeiträge für Raps, Sonnenblumen etc.) nicht mehr als zulässig erklärt werden könnten, was eine selbstbestimmte Schweizer Agrarpolitik verunmöglichen würde.

GRUPE MINOTERIES

Die Groupe Minoteries ist das einzige börsennotierte Mühlenunternehmen der Schweiz. Sie beschäftigt schweizweit 197 Mitarbeitende (Vollzeitstellen) und erzielte 2019 einen Umsatz von 138 Millionen Franken. Der Hauptsitz befindet sich in Granges-près-Marnand VD. Produziert wird an den fünf Standorten Granges-près-Marnand (VD), Goldach (SG), Stein am Rhein (SH), Zollbrück (BE) und Naters (VS). Die verarbeiteten Rohstoffe stammen laut der Firmenwebsite vornehmlich (ca. 90 %) aus der Schweiz. Die Groupe Minoteries umfasst die Geschäftseinheiten Bonvita, Bruggmühle Goldach, Grands Moulins de Cossonay, Intermill, Minofarine, Rhonemühle und Steiner Mühle. sal

KLIMA

CO₂-Bilanzen für Bauernhöfe

Nationalrat Kilian Baumann (Grüne, BE) verlangt eine stärkere Förderung der klimaschonenden Landwirtschaft.



In der Sondersession vom Mai hat Biobauer Kilian Baumann aus Suberg BE eine Motion eingereicht, in der er den Bundesrat beauftragt, die klimaschonende Landwirtschaft weiter auszubauen, um die Ziele der Treibhausgas (THG-) Reduktion zu erreichen. Er begründet dies damit, dass die Landwirtschaft schweizweit für rund 13 % der THG-Emissionen verantwortlich sei. «Die Minderung der THG-Emissionen und die Anpassung an den Klimawandel gehören zu den wichtigsten Herausforderungen der nächsten Jahre», betont Grüne-Nationalrat Baumann. Die Landwirtschaft sei «ein wichtiger Hebel, um den Klimawandel zu vermeiden», sie verfüge über ein bedeutendes Potenzial zur Reduktion ihrer THG-Emissionen sowie zur Bindung von Kohlenstoff in den Böden. Baumann will, dass Betriebe die nötige Unterstützung erhalten, damit sie auf freiwilliger Basis, auf der Basis von Emissionsbilanzen, für ihre Höfe alle für sie möglichen und denkbaren Klimaschutzmassnahmen umsetzen können. sal